

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, 16. August 2024

An die Mitglieder der SPD-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich möchte euch kurz direkt über die weitere Vereinbarung zum Haushaltsentwurf 2025 zwischen dem Vizekanzler, dem Bundesminister der Finanzen und mir vom heutigen Nachmittag informieren.

Wie Ihr wisst, hat das Bundeskabinett am 17. Juli 2024 den Entwurf für den Bundeshaushalt 2025, den Finanzplan bis 2028 sowie ein umfassendes Maßnahmenpaket für mehr wirtschaftliche Dynamik („Wachstumsinitiative“) beschlossen.

Im Zusammenhang mit dem Beschluss haben wir festgehalten, dass bis zur Übermittlung des Haushaltsentwurfs an den Deutschen Bundestag und den Bundesrat weitere Maßnahmen geprüft werden sollen, um die im Entwurf vorgesehene Globale Minderausgabe in Höhe von 17 Milliarden deutlich zu reduzieren.

Diese Prüfung wurde durch ein rechtswissenschaftliches Gutachten und einen Brief des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen vorbereitet. Auf dieser Grundlage habe ich mich nach vielen Gesprächen in den letzten Wochen und Tagen mit dem Vizekanzler und dem Bundesminister der Finanzen jetzt auf weitere Maßnahmen verständigt, die die Globale Minderausgabe deutlich reduzieren. Ihr findet die Einzelheiten unserer Einigung in dem beigefügten Papier („Vereinbarung zum Haushalt 2025“).

Heute Nachmittag sollen die entsprechenden Maßnahmen im Kabinett per Umlaufverfahren beschlossen werden.

Wir werden dann heute dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat einen Haushaltsentwurf zuleiten, der unsere Prioritäten abbildet. Für Sicherheit nach Innen und nach Außen, einen verlässlichen Sozialstaat sowie mehr Wachstum und Wohlstand. Zugleich nutzen wir die Möglichkeiten im Rahmen der Schuldenregel des Grundgesetzes umfänglich.

Ihr als Haushalts-Gesetzgeber könnt damit pünktlich nach der parlamentarischen Sommerpause mit den Beratungen über den Haushalt des nächsten Jahres beginnen.

Mit den heute vereinbarten ergänzenden Maßnahmen stellen wir insbesondere sicher, dass die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland ordentlich ausgebaut werden kann.

Die wichtigste Maßnahme ist, dass die Deutsche Bahn AG zusätzlich zu der bereits vorgesehenen Eigenkapitalzuführung von rund 5,9 Milliarden Euro weitere 4,5 Milliarden Euro an Eigenkapital erhält. Dieses Eigenkapital ersetzt ursprünglich vorgesehene Zuschüsse in gleicher Höhe. Damit kann die Bahn wichtige geplante Infrastrukturvorhaben umsetzen. Die Bahn erhält zudem ein Darlehen in Höhe von drei Milliarden Euro, das es ihr ermöglicht, bisher am Markt begebene, deutlich höher verzinsten Anleihen abzulösen und damit ihre Finanzierungskosten deutlich zu reduzieren. Dabei handelt es sich jeweils um „finanzielle Transaktionen“ im Sinne der Schuldenbremse.

Zusammen mit einigen weiteren Maßnahmen verbleibt nun eine so genannte Bodensatz-GMA von 12 Milliarden Euro. Eine Bodensatz-GMA ist übliche Praxis, weil sich im Laufe eines Haushaltsjahres – zumal einem Jahr mit einer Bundestagswahl – nicht alle Mittel verausgaben lassen. Wir gehen davon aus, dass sich die Bodensatz-GMA unter anderem durch ökonomische Entwicklungen und Aktualisierungsnotwendigkeiten bis zur Einbringung der Bereinigungsvorlage weiter reduzieren wird.

Ich danke insbesondere Rolf und den beiden Parteivorsitzenden für die enge Abstimmung und Beratung während der Verhandlungen mit unseren Koalitionspartnern in der Regierung. Danken möchte ich auch den Haushältern für den kontinuierlichen konstruktiven Austausch.

Ich wünsche euch weiterhin einen schönen Sommer!

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'U' followed by a smaller 'n' and a long, sweeping horizontal stroke.